

LEITARTIKEL  
von  
Armin Maus

„Die Vorratsdatenspeicherung kann wenig mehr sein als eine Beruhigungspille mit Placebo-Effekt.“

## Terrorbekämpfung light

Die Bürger haben das Recht auf einen Bereich, der den Augen und Ohren des Staates verborgen bleibt. Dieser Respekt vor der Privatsphäre ist Ausdruck von Grundwerten wie der Menschenwürde und des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit; er zieht sich durch das deutsche Grundgesetz wie durch die Normen der Europäischen Union. Wer die Verbindungsdaten aller Bürger speichern will, kommt mit dieser Grundhaltung zwangsläufig in Konflikt. Eine nationale und eine Regelung auf europäischer Ebene sind daran bisher gescheitert.

Polizeipraktiker und konservative Innenpolitiker argumentieren, mit der Vorratsdatenspeicherung könnten schwere kriminelle und terroristische Straftaten leichter verhindert und aufgeklärt werden. Belege für diese These sind indes Mangelware. So offensichtlich es den Ermittlern helfen könnte, die Telekommunikationskontakte Verdächtiger nachvollziehen zu können, so unklar ist der tatsächliche Gewinn an Sicherheit für die Bürger. Verfassungsrechtler glauben im Übrigen nicht an die Machbarkeit einer pauschalen Speicherung über lange Zeiträume. Das Bundesverfassungsgericht nimmt den Schutz der Bürgerrechte sehr ernst.

Dennoch will die Bundesregierung nun offenbar eine nationale Regelung zur Vorratsdatenspeicherung. Die SPD habe ihren Widerstand aufgegeben, heißt es aus Berlin. Das ist überraschend, denn in der Sache hat sich nur ei-

nes verändert: Nach den Angriffen auf die Redaktion von Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris ist offenkundig, dass wir uns gegen brutale, entschlossene Einzeltäter nur schwer schützen können. Darunter leidet das Sicherheitsempfinden der Bürger, die Sicherheitsbehörden stehen unter noch größerem Druck. Die Absage des Braunschweiger Karnevalsuzuges ist ein schlagendes Beispiel.

Es mag sein, dass die Bundesregierung nun glaubt, irgendetwas tun zu müssen – jedenfalls war die Vorratsdatenspeicherung in den vergangenen Jahren stets in sehr ähnlichen Situationen auf die Tagesordnung gekommen. Nur: Was soll dabei herauskommen? Nur eine sehr kurzfristige Speicherung könnte in Karlsruhe Bestand haben – und auch nur dann, wenn die Daten besonders schutzwürdiger Personengruppen davon ausgenommen würden. Die Sicherheitswirkung einer solchen Regelung wäre gering – und die Vorratsdatenspeicherung nichts anderes als eine Beruhigungspille mit Placebo-Effekt.

Die Politik mag dann behaupten, sie habe ihr Möglichstes getan. Die Fachleute wissen es besser. Was wirklich helfen würde, wäre die noch konsequentere Koordination der Arbeit aller Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene, und vor allem mehr hochqualifiziertes Personal. Aber das würde sehr viel Geld kosten – das auch die strammsten Innenpolitiker der Union nicht ausgeben wollen.

KOMMENTAR  
von  
Knut Pries

„Die Vorzeichen für eine Verständigung könnten schlechter nicht stehen.“

## Dauerstreit mit Athen

Nach dem Deal, den die griechische Regierung mit den Partnern der Eurozone mühsam zuwege gebracht hatte, war Hoffnung aufgekommen: Es schien Aussicht zu bestehen auf vier Monate ohne ständige Absturzgefahr, in denen man mit den neuen Herren in Athen eine langfristige Lösung für die exorbitante Staatsschuld und für Wege aus der wirtschaftlichen Talsohle aushandeln könne. Schön wär's gewesen.

Drei Wochen nach dem Kraftakt steht schon wieder in Frage, ob der vermeintliche Zeitgewinn zustande kommt. Athen braucht die rasche Freigabe eines Teils der verbliebenen 7,2 Milliarden Euro aus dem laufenden Hilfspro-

gramm durch die internationalen Kreditgeber. Die ist indes an Voraussetzungen geknüpft, über die beide Seite erneut überkreuz liegen. Eine Buchprüfung durch Experten der Eurozone ist erst einmal abgesagt, stattdessen ist die Rede von einem Dringlichkeitstreffen des griechischen Premiers mit dem EU-Kommissionschef. Die jüngsten Reformideen des griechischen Finanzministers Varoufakis (Touristen als Aushilfsspione gegen Steuersünder) lösen in Brüssel Kopfschütteln aus. Am heutigen Montag wollen die Euro-Finanzminister einen neuen Anlauf zur Verständigung nehmen – die Vorzeichen könnten schlechter nicht stehen.



Karikatur: M. Erl

GASTKOMMENTAR

Matthias Wunderling-Weilbier, Beauftragter für regionale Landesentwicklung und Schirmherr der Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima.



„Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region wird allerdings die Geschwindigkeit in der Umsetzung der Energiewende sein.“

## Fukushima mahnt uns alle

Wir brauchen sichere und saubere Zukunftstechnologien für künftige Generationen. Die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima haben uns dies mahnend vor Augen geführt.

In unserer Region werden mit Schacht Konrad und der Schachtanlage Asse II die problematischen Folgen, die mit der Nutzung von Kernenergie und dem Entstehen radioaktiver Abfälle verbunden sind, gegenwärtig.

Nicht nur in diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die Vorgaben der EU, sondern insbesondere in Bezug auf Klimaaspekte und endliche Rohstoffe sind die Themen Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz zukunftsweisend.

Im Rahmen seiner Regionalen Handlungsstrategie verfolgt das Landesamt in Braunschweig diese Themen in einem eigenen Handlungsfeld mit dem Ziel, die Weiterentwicklung der Region zu einer Kompetenzregion für Energie- und Ressourceneffizienz zu unterstützen. Die Region befindet sich in einer hervorragenden Ausgangsposition, um sich als Vorbild und als Kompetenzregion zu etablieren. Auf den Gebieten E-Mobilität, Speichertechnologie, Recyc-

ling, Ressourceneffizienz, um nur einige zu nennen, verfügt die Region über erhebliches Potenzial in Forschung und Wirtschaft.

Ein Beispiel dafür: Das Thema Ressourceneffizienz im Fahrzeugbau wird künftig in einem neuen Kompetenz- und Forschungszentrum für wirtschaftlichen Leichtbau und innovative Werkstoff- und Fertigungstechnologie bearbeitet. In der „Open Hybrid Lab-Factory“ kooperieren industrielle und wissenschaftliche Partner in der Materialentwicklung und Produktionstechnik für den wirtschaftlichen und multifunktionalen Leichtbau. In der Forschungsfabrik wird die gesamte Wertschöpfungskette zur Herstellung kostengünstiger Leichtbaustrukturen abgebildet sein, von der konzeptionellen Auslegung über den hybriden Fertigungsprozess bis hin zum Recycling.

Die Europäischen Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima werden in neun europäischen Ländern durchgeführt. In Deutschland beteiligen sich mehrere Städte und Regionen. Anliegen der Europäischen Aktionswoche ist, das Gedenken an Tschernobyl und Fukushima mit Fragen zur Energiewende, zur Ressourceneffizienz und den erneuerbaren Energien zu verknüpfen.

Die Region Braunschweig beteiligt sich nun zum dritten Mal an den Aktionswochen. Ich bin dem Trägerkreis der Aktionswoche sehr dankbar für sein großes Engagement. Diese Form der Beteiligung ist unverzichtbar, wenn wir in einem breiten gesellschaftlichen Konsens eine der wichtigsten Zukunftsfragen lösen wollen. Ganz wesentlich für das Gelingen der Energiewende wird sein, wie sich die Verbraucher, die Wirtschaft und die Energieversorger auf die kommenden Veränderungen einstellen.

Der steigende Anteil regenerativer Energien und zunehmende Energieeinsparung durch Energieeffizienz weisen der Energiewende einen Erfolg versprechenden Weg. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region wird allerdings die Geschwindigkeit in der Umsetzung der Energiewende sein.

Mit der Regionalen Energieagentur, im November 2014 vom Zweckverband Braunschweig, der Allianz für die Region und von weiteren Partnern aus der Wirtschaft gegründet und vom Landesamt Braunschweig unterstützt, ist unsere Region für diese Herausforderung sehr gut aufgestellt.

PRESSESTIMMEN

„Frankfurter Allgemeine“

schreibt zum Mordfall Nemzow:

Über die politischen Hintergründe eines solchen Ermittlungserfolgs kann man (...) wilde Spekulationen anstellen: Soll der immer eigenmächtiger agierende Kadyrow, in dessen Herrschaftsgebiet russische Gesetze seit langem nur noch eingeschränkt gelten, in die Schranken gewiesen werden? Und wenn ja, wer steht dahinter: Geheimdienstler, Nationalisten in der russischen Führung oder gar der Kreml selbst? Oder soll die tschetschenische Spur von einer anderen – etwa zu russischen Rechtsextremisten – ablenken? Und wie ist es zu verstehen, dass die Ermittler einerseits als Hauptverdächtigen einen Gefolgsmann jenes Kadyrows präsentieren, der sich stets lautstark gegen äußere Einmischung in Russland wendet, andererseits aber weiter „aktiv“ nach einem ausländischen Hintergrund der Tat suchen?

„Mannheimer Morgen“

schreibt zu Gabriels Besuch in Saudi-Arabien:

Die ablehnende Art, mit der die saudischen Machthaber offenbar auf Gabriels Bitte um die Freilassung Badawis reagiert haben, spricht Bände, und schreit geradezu nach einer Reaktion. Wenn die deutsche Rüstungsindustrie ihre Produkte weiterhin an ein autoritäres Regime wie das in Riad verkaufen will, was schon verstörend genug ist: Was spricht dann dagegen, die Genehmigung für solche Exporte künftig an sichtbare Fortschritte bei den Menschenrechten zu koppeln?

„Rhein-Zeitung“

aus Koblenz schreibt ebenfalls dazu:

Die Frage, wie Deutschland mit Saudi-Arabien umgehen soll, ist seit Jahrzehnten umstritten. (...) Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel behauptet, auch wegen dieser gefährlichen Politik Saudi-Arabiens die deutschen Waffenlieferungen an die Scheichs nur auf Ausrüstungsmaterial beschränken zu wollen. Schweres Gerät wie Panzer wolle er nicht genehmigen, sagt Gabriel. Tatsächlich ist der Vizekanzler wohl weniger restriktiv als er vorgibt: Allein im Januar lieferten deutsche Firmen Rüstungsgüter im Wert von 100 Millionen Euro in den Wüstenstaat.

„Stuttgarter Zeitung“

schreibt auch zu Gabriel:

Es war unprofessionell, dass Gabriel in Interviews vor dem Besuch darüber plauderte, was er dem Herrscher zum Fall Badawi zu sagen hat. Wenn die Bundesregierung helfen will, muss sie darauf achten, dass ihre Gesprächspartner ihr Gesicht wahren können.

BLICK IN DIE WELT

## Obama feiert Bürgerrechtler in Selma

Von Gabriele Chwallek

Der erste schwarze Präsident der USA, Barack Obama, sieht seit den historischen Protestmärschen von 1965 große Fortschritte bei der Gleichberechtigung für alle in der Nation. „Aber der Marsch ist noch nicht vorbei, das Rennen ist nicht gewonnen“, sagte Obama am Samstag in Selma, im US-Staat Alabama, bei einer Feier zum Gedenken an den

„Blutigen Sonntag“ vor 50 Jahren. Am 7. März 1965 hatten Polizisten einen geplanten Protestmarsch für die Rechte der schwarzen Bevölkerung von Selma nach Montgomery mit Knüppeln und Tränengas verhindert. Das brutale Vorgehen rüttelte die Nation auf und führte Monate später zu einem Wahlrechtsgesetz, in dessen Folge sich Millionen Schwarze erstmals als Wähler registrieren lassen konnten.

Obama sprach vor Zehntausen-

den Menschen vor dem Hintergrund zahlreicher Vorwürfe polizeilicher Diskriminierungen und exzessiver Gewaltanwendung gegen Schwarze, so in der Stadt Ferguson. Man brauche nicht den jüngsten kritischen Bericht des Justizministeriums über die Zustände in Ferguson zu lesen, um zu wissen, „dass die rassistische Geschichte dieser Nation weiter einen langen Schatten auf uns wirft“, sagte Obama in seiner leidenschaftlichen Rede. Aber er

wehre sich gegen Darstellungen, denen zufolge sich im Laufe der Zeit nicht viel geändert habe.

„Was in Ferguson geschehen ist, mag kein Einzelfall sein“, erklärte Obama. „Aber es ist nicht mehr typisch oder sanktioniert von Gesetzen und Gewohnheit, wie es zweifellos vor der Bürgerrechtsbewegung der Fall war.“ Die junge Generation rief er auf, das Werk der Demonstranten von Selma fortzusetzen. *dpa*

IMPRESSUM

Braunschweiger Zeitung | Salzgitter Zeitung | Peiner Nachrichten | Wolfsburger Nachrichten  
Gifhorn Rundschau | Helmstedter Nachrichten | Wolfenbütteler Zeitung

Geschäftsführung: Harald Wahls (Sprecher), Manfred Braun, Michael Wüller  
Chefredakteur: Armin Maus  
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Roth

Leitende Redakteure in der Chefredaktion:  
Redaktionsmanagement: David Mache Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus  
Reportage: Katrin Teschner Koordination Lokalredaktionen: Luitgard Heissenberg Art Director: Erwin Klein

Verantwortliche Redakteure:  
Wirtschaft: Andreas Schweiger Kultur: Martin Jasper Online: Dirk Kühn Sport: Hans-Dieter Schlawis  
Lokales Braunschweig: Henning Noske Lokales Gifhorn: Jürgen Stricker Lokales Helmstedt: Dr. Michael Strohmann  
Lokales Peine: Thomas Stecher Lokales Salzgitter: Alexandra Ritter Lokales Wolfenbüttel: Stephanie Memmert  
Lokales Wolfsburg: Dr. Kerstin Loehr und Christoph Knoop Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Michael Heuchert (verantwortlich) Vertriebsleitung: Anne Schattner  
Verlag und Redaktion: BZV Medienhaus GmbH  
38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0  
Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH, Christian-Pommer-Strasse 45, 38112 Braunschweig

Anteiliges Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Online: www.braunschweiger-zeitung.de www.salgitter-zeitung.de www.wolfenbuetteler-nachrichten.de  
www.gifhorner-rundschau.de www.helmstedter-nachrichten.de www.peiner-nachrichten.de  
www.wolfenbuetteler-zeitung.de